

## SHORT NEWS

## Un économiste contre les vampires

(lm) - Peut-on être social-démocrate et ne pas adhérer aux idées néo-libérales ? Oui, mais... c'est pas de la tarte. Liêm Hoang-Ngoc, d'obédience post-keynésienne, avait dès 1996 lancé avec de jeunes chercheurs l'« appel des économistes pour sortir de la pensée unique ». Il s'est ensuite engagé au Parti socialiste français et a été élu au Parlement européen en 2009. Or, depuis l'élection de François Hollande, ses désaccords avec la politique du PS ont grandi, et en 2014 le parti l'a remplacé par un candidat plus docile. Liêm a ensuite fondé le « Club des socialistes affligés » et publié récemment « La gauche ne doit pas mourir ! ». Ce livre plaide pour une social-démocratie renouvelée, solidement ancrée à gauche. En tant que député européen, il avait collaboré au rapport d'enquête dénonçant la troïka, puis écrit « Les mystères de la Troïka ». Depuis la victoire de Syriza, il s'engage à fond dans les campagnes contre la « doctrine de Berlin ». Répondre à la question « Que faire de la troïka ? », c'est le sujet pour lequel Etika et Attac Luxembourg l'ont invité. La conférence aura lieu mercredi 1er avril à 12h15 à Altrimenti asbl, salle Rheinsheim, 5, avenue Marie-Thérèse. Sandwich et boisson offerts, avec prière de s'inscrire par mail à [events@etika.lu](mailto:events@etika.lu).

## CCDH : pour un État laïque

(da) - Alors que la polémique autour du cours unique d'éducation aux valeurs bat son plein, la Commission consultative des droits de l'Homme (CCDH) revient sur la réforme constitutionnelle prévue et l'accord conclu entre le gouvernement et les communautés religieuses. En effet, la CCDH demande l'inscription « claire et précise » du principe de laïcité dans l'article premier de la Constitution. Cela afin de garantir la neutralité et l'impartialité de l'État vis-à-vis des différentes communautés religieuses. Car, pour Gilbert Pregno et Maddy Mulheims de la CCDH, le terme de laïcité n'est en aucune sorte destiné à combattre les religions - au contraire : « C'est le seul moyen de protéger la liberté de culte. » Ce n'est pas la seule revendication de la commission sur le sujet : elle demande, en plus, de retirer toute notion de « reconnaissance » des religions par l'État du nouvel article 114 de la Constitution, réglant les relations avec les communautés religieuses. En renvoyant à la jurisprudence de la Cour européenne des droits de l'homme et à une recommandation du Conseil de l'Europe, la CCDH s'exprime contre toute forme d'ingérence de l'État dans les affaires religieuses.

## Méco zur Regierungspolitik: Zwei gute Haare

(lm) - Führt die unabhängige Umwelt-NGO einen Schmusekurs zur DP-LSAP-Déi-Gréng-Regierung, wie manche ihrer Kritiker meinen? Auf den ersten Blick könnte der Kongress von vergangenem Samstag solche Gerüchte nähren: Immerhin ruft der Mouvement explizit dazu auf, beim Referendum für eine Ausweitung des Wahlrechts auf Ausländer und Jugendliche zu stimmen. Der Eindruck der Regierungsnähe relativiert sich, wenn man weiß, dass der Mouvement bereits vor den Wahlen für das Ausländerwahlrecht plädiert hatte. Und was die Begrenzung der Mandatsdauer von Ministern angeht, so sorgt sich die NGO vor allem darum, dass man damit das Thema demokratische Umgestaltung abhaken wolle. In Sachen TTIP befindet sich der Mouvement sogar auf Konfrontationskurs zu einer Regierung, in der DP und LSAP dafür sind und die Grünen nicht dagegen sein dürfen. Am meisten aber kritisiert die NGO das „Wachstumsdogma“ der Regierung, die 600.000 Arbeitsplätze anpeilt statt die Finanzierung des Sozialsystems vom Wachstum abzukoppeln. Wer nun meint, der Mouvement schüre die Angst vor Überfremdung und begünstige ein Kapitaldeckungsverfahren, irrt. Es geht der Umwelt-NGO bei dieser Kritik um den Nachholbedarf an Wirtschaftswachstum für ärmere Länder, um die Zersiedlung, um gerechtere Verteilung und um Finanzierungsinstrumente wie Kapitalbesteuerung. Nachzulesen auf [www.meco.lu](http://www.meco.lu).

## AKTUELL

## ÖFFENTLICHER DIENST

## Meilenstein mit Rissen

David Angel

**Die Reform des öffentlichen Dienstes wurde am Dienstag nach langem Hin und Her mit den Stimmen der Regierungsparteien und der CSV verabschiedet. Doch nicht alle kommen dabei auf ihre Kosten.**

Von einem „Meilenstein“ sprach Minister Dan Kersch am Dienstag in der Chamber während der sechsstündigen Debatte über die Reformen und das Gehälter-Abkommen für den öffentlichen Dienst. Eine „Maßnahme, die längst überfällig war“ sei nun endlich im Begriff, umgesetzt zu werden.

Eine schwierige Geburt, war die Reform doch bereits 2010 von den CSV-Ministern François Biltgen und Octavie Modert auf den Weg gebracht worden. Nach einer Schlichtungsprozedur Mitte 2012 wurde ein Kompromiss zwischen Regierung und Staatsbeamtengewerkschaft erzielt, der in einer ersten Phase von der CGFP noch strikt abgelehnt worden war. Das Gesetzespaket und das Gehälter-Abkommen wurden im Parlament eingebracht. Nach einem verheerenden „Avis“ des Staatsrats - nicht weniger als 100 „oppositions formelles“ waren formuliert worden - und diversen Nachbesserungen durch den aktuellen Minister für den öffentlichen Dienst, Dan Kersch, und die zuständige Kommission war es am Dienstag endlich soweit: Mit den Stimmen der Regierungsparteien und der CSV wurde das „Reformpaket öffentlicher Dienst“ verabschiedet.

Im Sinne der „Angleichung“ der Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst an die im privaten Sektor sowie der „Modernisierung“ des Staatsdiensts enthält das Paket, das sich aus insgesamt neun Gesetzestexten zusammensetzt, eine ganze Reihe Neuerungen: So werden die Verwaltungen künftig mit einer „job description“ ausgestattet, in denen ihr Aufgabenbereich fixiert ist. Auch die Arbeit der einzelnen Beamten wird durch Arbeitspläne genau festgelegt.

Allgemein sollen die Bediensteten zu mehr „individueller Leistung“ angehalten werden; dazu werden sie insgesamt dreimal während ihrer Dienstzeit einer „Bewertung“ unterzogen. Wer positiv bewertet wird, erhält drei zusätzliche Urlaubstage - im gegenteiligen Fall wird Weiterbildung verordnet. Bessert sich danach immer

noch nichts, drohen dem Betroffenen Konsequenzen, die von Versetzung über Herabstufung bis zur Entlassung reichen.

Aufstiegsmöglichkeiten werden geschaffen: Nach zehn Jahren Dienstzeit in einer Laufbahn und bestandenen Weiterbildungen kann ein Beamter in die nächsthöhere Laufbahn aufsteigen. Die „Stage“-Zeit am Anfang der Staatsbeamtenkarriere wird von zwei auf drei Jahre verlängert. Das „trimestre de faveur“, das einem Beamten nach dem Eintritt in den Ruhestand noch drei Monate lang den vollen Lohn zusicherte, wird abgeschafft.

Zu guter Letzt werden die Laufbahnen vereinheitlicht - und mit der Einführung einer Bachelor-Laufbahn endlich den Entwicklungen im Hochschulsektor Rechnung getragen.

## Nicht alle sind zufrieden

Durch diese Neuerung - Schaffung einer Bachelor-Laufbahn im Öffentlichen Dienst - wird ein jahrzehntelanger Missstand behoben: Beim Staat angestellte Sozialpädagogen (BAC +3) werden in Zukunft entsprechend ihrer Ausbildung bezahlt (siehe auch woxx 1253). Auch die Erzieher (BAC +1) profitieren von der Vereinheitlichung der Laufbahnen.

Allerdings betrifft das nur die zukünftigen. Denn die Erzieher und Sozialpädagogen, die bereits jetzt in ihrem Beruf arbeiten, bleiben von der Reform unberührt. Für die Apeg (Association professionnelle des éducateurs gradués), die zu einer Demonstration vor dem Parlament aufgerufen hatte, stellt diese eine „Diskriminierung“ der Menschen dar, die maßgeblich am Aufbau des sozialen Sektors in Luxemburg beteiligt waren. Auch die neugegründete Acen (Association des chargés de l'enseignement national) beklagt, die Lehrbeauftragten seien wieder einmal vergessen worden, und rief daher auch zur Demonstration auf. Unterstützt wurde diese Demo, zu der sich mehr als 700 Personen eingefunden hatten, vom SEW und dem Landesverband.

Dass die Reform nicht perfekt ist, gab während seiner Rede im Parlament auch Dan Kersch zu. Allerdings hindere ja nichts, in Zukunft noch einmal über einzelne Punkte zu diskutieren, um „Härtefälle“ auszubügeln. Die Regierung jedenfalls sei bereit dazu.